

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1991

hier: Personaletat

- Drucksachen 11/800, 11/1250



Bericht über das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses
"Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses.

Berichterstatter: Abg. Bensmann CDU

Beschlußempfehlung:

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und
Finanzausschuß, den Personaletat entsprechend der Anlage zu
beschließen.

Bericht

Allgemeines

Durch Beschluß vom 14.12.1990 hat der Landtag den Haushaltsentwurf 1991 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanter Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Der Unterausschuß "Personal" hat den Personaletat in drei Sitzungen beraten.

Wie in den Vorjahren hat der Unterausschuß "Personal" auch während der diesjährigen Haushaltsberatungen den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen über den Personalhaushalt 1991 zu den Stellenplänen der einzelnen Ressort vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 14.01.1991 durchgeführt. Hierzu wird auf das Ausschußprotokoll 11/151 verwiesen.

Im einzelnen stützte der Unterausschuß seine Entscheidungen auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1991 einschließlich der Ergänzungsvorlage sowie die schriftlichen Erläuterungen hierzu), die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen und verschiedene Zuschriften zum Personalhaushalt.

Die Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse und die Anträge der Fraktionen sind gleichfalls in der als Anlage beigefügten Beschlußvorlage eingearbeitet.

Soweit es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die Beschlußvorlage mündlich zu erläutern.

Bensmann
Vorsitzender

Haushaltsgesetz 1991

Antrag der Frakt.	Abstimmungs- ergebnis im Unterausschuß
-------------------------	--

Gesetzestext

HG/1

1. Der Beschluß über eine Entfrachtung des Haushaltsgesetzes wird im laufenden Beratungsverfahren zurückgestellt. einstimmig angen.
 2. Nach Verabschiedung des Haushalts 1991 wird sich der Unterausschuß in einer gesonderten Sitzung mit dem Thema "Entfrachtung des Haushaltsgesetzes" auf der Grundlage des Vermerks des Gutachterdienstes vom 11.01.1991 befassen.
 3. Das Finanzministerium wird gebeten, unmittelbar nach der Osterpause Beratungsgrundlagen für den Unterausschuß einschließlich Novellierungsentwürfen der Landeshaushaltsordnung und des Haushaltsgesetzes vorzulegen.
-

Haushaltsgesetz 1991Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**HG/2**

§ 7 des Haushaltsgesetzes 1991
wird um folgenden Absatz 8 er-
gänzt:

"(8) Das Finanzministerium wird
ermächtigt, mit Einwilligung des
Haushalts- und Finanzausschusses
des Landtags Einstellungszusagen in
Anrechnung auf die nächstjährigen
Einstellungszusagen bzw.
freiwerdende Ausbildungsstellen im
Beruf "Verwaltungsfachangestellte/r"
zu erteilen.

einstimmig angen.

HG/3

§ 7 wird um folgenden Abs. 9 ergänzt:

"(9) Das Finanzministerium wird
ermächtigt, die Stellenpläne des
Haushaltsplans 1991 so umzustellen,
daß die Obergrenzen für Beförde-
rungsämter nach § 26 BBesG und
nach den entsprechenden Rechts-
verordnungen ausgeschöpft werden."

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enth.

Begründung:

Die seit 1980 geltende Phasenverschiebung hat zum
Inhalt, daß neue Planstellen nicht unmittelbar, sondern
erst nach drei Jahren zur Berechnung des Stellenschlüssels
im Rahmen der Stellenplanobergrenzen berücksichtigt werden
dürfen. Da seit einigen Jahren eine nennenswerte Personal-
vermehrung im Beamtenbereich nicht stattfindet, hat die
Phasenverschiebung ihre Berechtigung verloren. Der neu ein-
gefügte Abs. 8 ermöglicht es, die Stellenpläne umzustellen und
dabei die Stellenplanobergrenzen auszuschöpfen.

Haushaltsgesetz 1991

Antrag	Abstimmungs-
der	ergebnis im
Frakt.	Unterausschuß

HG/4**§ 7a Abs. 1 wird gestrichen**

CDU	abgelehnt
	SPD nein
	CDU ja
	F.D.P. ja
	GRÜNE Enth.

Begründung:

Die Aufhebung der mit Ergänzungsvorlage - Drs 11/1250 - wieder neu vorgeschlagenen 9-monatigen Besetzungssperre sowie der bisher vorgesehenen Beförderungssperre von 9 Monaten erfolgt aus folgenden Gründen:

Die Besetzungssperre ist unzweckmäßig und entspricht nicht der Bedarfslage, da sie die Erfüllung der Aufgaben des Landes durch Landespersonal vom Zufall abhängig macht. Die Beförderungssperre verursacht Ungleichbehandlungen, da sie nur Beamte betrifft und im tarifvertraglichen Bereich wirkungslos bleiben muß.

HG/5**einstimmig angen.****§ 7 a Abs. 1 Unterabs. 7 erhält****folgende Fassung:**

"In anderen Fällen kann von der Besetzungssperre gegen gleichwertigen Ausgleich an anderer Stelle bezüglich des höheren Dienstes die Landesregierung, im übrigen das Finanzministerium weitere Ausnahmen zulassen, wenn sie unabweisbar sind. Die Landesregierung kann ihre Befugnisse auf das Finanzministerium übertragen."

Haushaltsgesetz 1991Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Darüber hinaus kann von der Be-
setzungssperre

- in Fällen des Einzelplans 01 die
Präsidentin des Landtags,
- in Fällen des Einzelplans 13 der
Präsident des Landesrechnungs-
hofs

weitere Ausnahmen zulassen, wenn
sie unabweisbar sind.

Der Haushalts- und Finanzausschuß des
Landtags ist entsprechend zu unterrichten."

Begründung:

Nach der Entwurfsfassung dürfen auch hinsichtlich der
Einzelpläne 01 und 13 Ausnahmen von der Stellenbesetzungss-
perre nur "gegen gleichwertigen Ausgleich an anderer
Stelle" zugelassen werden.

Sowohl der Landtag als auch der Landesrechnungshof
mit ihren sehr kleinen Personalhaushalten und ohne
nachgeordnete Bereiche dürften kaum in der Lage sein,
diesen Ausgleich zu erbringen.

Die Aufnahme der Voraussetzung "gegen gleichwertigen
Ausgleich" würde daher die Ausnahmeregelung
für die Einzelpläne 01 und 13 von vornherein praktisch
unwendbar machen und die Ausnahme selbst ins Leere laufen
lassen.

Gesamtabstimmung

über das Haushaltsgesetz in der zuvor beschlossenen
Form unter Berücksichtigung der beschlossenen
Änderungen:

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein

Einzelplanübergreifend

Antrag / Abstimmungs-
der ergebnis im
Frakt. Unterausschuß

ALLG/1

Die Stellenstreichungen in der Ergänzungsvorlage (Drs 11/1250) werden mit Ausnahme der Stellen für die Ministerien (75), Landtag (9), Umweltverwaltung bei den Regierungspräsidenten (100) und Umweltverwaltung MURL (100) rückgängig gemacht. Darüber hinaus werden weitere 155 Stellen in den Ministerien gestrichen, so daß die mit dem Nachtrag 1990 ausgebrachten zusätzlichen 136 Stellen sowie die mit dem Haushalt 1991 ursprünglich zusätzlich ausgebrachten 94 Stellen in Abgang gebracht werden. Dem entsprechend sind die verschiedenen Personalausgabenansätze bis zu einem Betrag von insgesamt 41 Mio DM zu erhöhen.

CDU
abgelehnt
SPD nein
CDU ja
F.D.P. ja
GRÜNE Enth.

Begründung:

Die von der Landesregierung mit der Ergänzungsvorlage 11/1250 beabsichtigten Stellenstreichungen sind unrealistisch und entsprechen nicht dem Bedarf. Beispielhaft gilt dies für die Streichungen im Polizeibereich, für das Drogenprogramm, im Lehrerbereich, bei der Gewerbeaufsicht und insbesondere für die Justiz.

Die Ausweitung des Personals der Ministerien ist sachlich nicht zu vertreten. Insbesondere auch nicht die Teilung des ehemaligen MSWV in zwei Ministerien. Der zusätzliche langfristige Mehraufwand (ohne Pensionslasten) allein für diese Maßnahme mit 70 zusätzlichen Stellen wird geschätzt auf rd. 240 Mio DM. Hiermit könnten im 3. Förderweg rd. 4000 zusätzliche Wohnungen gefördert werden. Allein mit den Be-

Einzelplanübergreifend

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

zügen des Ministers bzw. der Ministerin und eines Staatssekretärs für 5 Jahre - Legislaturperiode - könnten rd. 40 zusätzliche Wohnungen gefördert werden. Allein mit der 5-Jahres-Miete für das neue Dienstgebäude (jährlich 3,25 Mio DM) könnten rd. 270 zusätzliche Wohnungen gefördert werden. Die sächlichen Verwaltungsausgaben für die nunmehr 2 Ministerien für das Jahr 1991 steigen gegenüber 1990 (1 Ministerium) um rd. 4,6 Mio DM. Allein hiermit könnten 80 zusätzliche Wohnungen gefördert werden.

ALLG/2

Der Beschluß des Haushalts- und
Finanzausschusses vom
13.09.1990

"Der Haushalts- und Finanz-
ausschuß erwartet, daß die
Landesregierung die mit dem
Nachtrag 1990 zusätzlich ein-
gerichteten Stellen für die
Umorganisation im Umfang von
73 Stellen im Haushaltsent-
wurf 1991 erwirtschaftet",
wird für erledigt erklärt.

einstimmig angen.

ALLG/3

Einrichtung von Frauen-
referaten in allen Ministerien mit
Ausnahme des Einzelplans 11

GRÜNE

abgelehnt
SPD nein
CDU Enth.
F.D.P. nein
GRÜNE ja

Baransatz: 2 Mio DM

EinzelplanübergreifendAntrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

In die Erläuterungen wird jeweils aufgenommen:

"Diese Mittel werden zweckgebunden zur Einrichtung eines Frauenreferats eingesetzt.

Das Frauenreferat beobachtet, bewertet und wirkt ggf. mit bei der Korrektur der Vorhaben und Vorgänge innerhalb eines Ministeriums hinsichtlich der Interessen der weiblichen Bevölkerung. Es schlägt frauenfördernde Maßnahmen vor und wirkt zugunsten von Fraueninteressen bei der Mittelvergabe.

Die Größe der Frauenreferate richtet sich nach der Größe der Ministerien.

Diese Erläuterungen sind verbindlich."

Begründung:

Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann definiert ihr Ministerium als innovativ wirkendes Element innerhalb der Regierung, das Anstöße gibt und mit anderen Ministerien zusammenarbeitet - aber nicht deren Aufgaben an sich ziehen will. Die Landesregierung beabsichtigt außerdem die Einsetzung von Frauenbeauftragten in allen Ministerien. Dieses Konzept der Frauenförderung bedarf der Ergänzung: Eine Frauenbeauftragte ist nicht in der Lage, die Arbeit eines ganzen Ministeriums auf seine Frauenfreundlichkeit hin zu überprüfen und hier gestaltend einzugreifen. Die Parteilinie für die Interessen der beschäftigten Frauen und die Einflußnahme auf die Personalpolitik ist ihr Hauptaufgabenbereich. Auch die Gleichstellungsmi-
nisterin kann dieses Vakuum von außen nicht füllen.

EinzelplanübergreifendAntrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Es ist jedoch bekannt, daß innerhalb der Ministerien ein großer Fortbildungs- und Überzeugungsbedarf in Bezug auf Frauenfreundlichkeit der Vorgänge und Vorhaben besteht. Die Frauenreferate sollen dieses Vakuum füllen, auch indem sie zukunftsweisende Projekte angehen.

Der Antrag wurde u.a. im Ausschuß für Frauenpolitik erörtert und mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN bei Nichtbeteiligung der Fraktionen der F.D.P. und CDU abgelehnt. Auf Vorlage 11/419 wird hingewiesen.

AIIG/4

Die Landesregierung wird gebeten, dem Unterausschuß "Personal" jeweils die Ergebnisse des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik" hinsichtlich der Überprüfungen der einzelnen Verwaltungen oder Verwaltungszweige vorzulegen, sobald diese zusammengestellt sind.

einstimmig angen.

Umsetzung des 5. Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften**ALLG/5**

Die Landesregierung wird gebeten, die Kriterien für die Ausbringung von Amtszulagen bei den A 16-Stellen für Behörden-

einstimmig angen.

Einzelplanübergreifend

Antrag	Abstimmungs-
der	ergebnis im
Frakt.	Unterausschuß

leiter gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BesO A und B
in den Erläuterungsbänden der Einzelpläne zum
Haushaltsentwurf 1992 anzuführen.

Begründung:

Die ressortspezifischen Kriterien für "besonders große und
besonders bedeutende" Behörden sollten landeseinheitlich aufein-
ander abgestimmt sein.

ALLG/6

Die Landesregierung wird gebeten,
den bundesgesetzlichen Rahmen von 20 % für die
Ausbringung von Amtszulagen bei A 13-Stellen gem.
Fußnoten 11, 12 und 13 zur Besoldungsgruppe A 13
auszuschöpfen und den Unterausschuß "Personal"
nach der Verabschiedung des Haushalts 1991 über
den Sachstand zu informieren.

einstimmig angen.

Begründung:

Der Ausschöpfungsgrad ist aus den bei den Haushaltsberatungen 1991
vorliegenden Erläuterungen nicht ersichtlich. Im Interesse der
Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Bereiche
(gehobener technischer Dienst, Amtsanwälte, Rechtspfleger) sollte
auf eine volle Ausschöpfung der bundesgesetzlichen Rahmenvorgabe
Wert gelegt werden.

Einzelplanübergreifend**Antrag
der
Frakt.****Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**

ALLG/7

Die Landesregierung wird gebeten,
nach der Verabschiedung des Haushalts 1991
den Unterausschuß "Personal" darüber zu in-
formieren, in welchem Umfang von den Verord-
nungsermächtigungen in § 72 und § 74 BBesG
Gebrauch gemacht wurde bzw. werden soll.

einstimmig angen.**Begründung:**

Den Sonderzuschlägen wegen Personalmangels aus Arbeitsmarktgründen
(§ 72 BBesG) und der örtlichen Prämie für Mehrbelastungen durch weit
überdurchschnittliches Mietprelniveau (§ 74 BBesG) kommen wegen
zunehmender Personalgewinnungsprobleme in den verschiedenen
Verwendungsbereichen eine besondere Bedeutung zu.

Einzelplan 01

Landtag

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**Kapitel 01 010 - Landtag****01/1****Titel 422 10****Zugang von Planstellen:**

- 1 Stelle Bes.Gr. A 15 -RD-
- 3 Stellen Bes.Gr. A 13 -OAR-
- 2 Stellen Bes.Gr. A 12 -AR-

SPD
CDU
F.D.P.
GRÜNE

einstimmig angen.

Wegfall von kw-Vermerken:

- 2 Vermerke kw zum 31.12.1993
an Stellen Bes.Gr. A 13 -OAR-

Titel 425 10**Zugang von Stellen für Angestellte:**

- 1 Stelle Verg.Gr. III/IVa BAT, DA 01
- 4 Stellen Verg.Gr. Vb/Vc BAT, DA 05

Abgang von Stellen für Angestellte:

- 1 Stelle Verg.Gr. IVb BAT, DA 01
- 2 Stellen Verg.Gr. V c BAT, DA 05
- 1 Stelle Verg.Gr. Vc BAT, DA 06
- 2 Stellen Verg.Gr. VIb BAT, DA 05
- 1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII BAT, DA 02

Aufnahme von kw-Vermerken:

- 7 kw-Vermerke
an Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT, DA 05

Einzelplan 01

Landtag

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Titel 426 10**Abgang von Stellen für Arbeiter:****- 1 Stelle Lohngr. VII/VI MTL, DA 05****Begründung:**

Der Hauptausschuß hat diese Stellenplanänderungen einstimmig
- ohne Enthaltung - empfohlen.

Ein Antrag der CDU-Fraktion auf Aufnahme eines Sperrvermerks
bei einer Stelle der Bes.Gr. A 13 gD für das Petitionsreferat
wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der F.D.P. und
DIE GRÜNEN abgelehnt.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 01:

einstimmig angen.

Einzelplan 02**Ministerpräsident und
Staatskanzlei****Antrag
der
Frakt.****Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß****Kapitel 02 010 -****Ministerpräsident und****Staatskanzlei****02/1****Titelgruppe 79****Titel 422 10****Zugang von Planstellen:**

- 1 Stelle Bes.Gr. A 13 -OAR-
- kw 31.12.1993-

einstimmig angen.**bei Enthaltung****CDU, F.D.P., GRÜNE****Titel 425 10****Wegfall von Stellen für Angestellte**

- 1 Stelle Verg.Gr. I b BAT, DA 01

Begründung:

Mit der Ergänzungsvorlage der Landesregierung ist die Hebung einer Planstelle A 13 gD nach A 14 vorgesehen. Aus personawirtschaftlichen Gründen bittet die Staatskanzlei nunmehr, ersatzweise eine Stelle der Verg.Gr. I b BAT nach A 14 umzuwandeln. Unter Berücksichtigung der in der Ergänzungsvorlage dargestellten Hebung ist hierzu die o.g. Umwandlung notwendig. Die Bitte der Staatskanzlei wurde dem Gutachterdienst mündlich mitgeteilt.

Einzelplan 02

**Ministerpräsident und
Staatskanzlei**

**Antrag
der
Frakt.**

**Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**

02/2

Titel 422 10

Zugang von Planstellen:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 16

kw 31.12.1992

SPD

einstimmig angen.

Begründung:

Da der Referent des Referats "Integration der deutschen Länder; Verwaltungshilfen; Koordination der Ressortaktivitäten" mit Wirkung vom 1. März 1991 für die Dauer von 2 Jahren für eine Tätigkeit bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften unter Fortzahlung der Besoldung beurlaubt wurde, soll nunmehr die Möglichkeit geschaffen werden, das Referat kurzfristig auf dem Weg der Abordnung wiederzubeesetzen.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 02:

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 03
Innenministerium

Antrag
der
Frakt. Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

03 010 - Ministerium

03/1a

Abbau aller Stellen des Verfassungsschutzes
(- 16 Mio DM)

GRÜNE abgelehnt
SPD nein
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE ja

03/1b

Der Unterausschuß "Personal" wird sich mit dem Stellenplan des Verfassungsschutzes nach Abschluß der Beratungen im Ausschuß für Innere Verwaltung befassen.

GRÜNE einstimmig angen.

Begründung zu 03/1a und 03/1b:

Die Fraktion DIE GRÜNEN war der Meinung, daß "Verfassungsschutz" überholt sei.

Alle Fraktionen waren sich darüber einig, sich mit dem Stellenplan befassen zu müssen. Vorab soll jedoch die abschließende Beratung im Fachausschuß erfolgen.

Einzelplan 03

Innenministerium

Antrag

der

Frakt.

Abstimmungs-

ergebnis im

Unterausschuß

Kapitel 03 110 - Polizei-
behörden und Polizeiein-
richtungen**03/2**

Titel 422 10

Zugang von Planstellen:

- 200 Stellen Bes.Gr. A 9 Fn. 4
- ku nach A 9 zum 31.12.1995 -

einstimmig angen.

bei Enthaltung

DIE GRÜNEN

Abgang von Planstellen:

- 100 Stellen Bes.Gr. A 9 Fn. 4
- ku nach A 9 zum 31.12.1991 -
- 100 Stellen Bes.Gr. A 9

Begründung:

Falls beabsichtigt ist, den sog. "Weyerlingen" noch so rechtzeitig Beförderungen zu ermöglichen, daß die Zulage pensionswirksam wird und andere lebenejüngeren aber dienstälteren Polizeibeamten keine Nachteile entstehen sollen, ist die Ausweisung von insgesamt 300 zusätzlichen Zulagenvermerken notwendig. 100 Zulagenvermerke bestehen derzeit ku zum 31.12.1991, weitere 100 Vermerke ku zum 31.12.1995.

Das Innenministerium hat die Ansicht vertreten, daß die ku-Vermerke insgesamt entfallen sollten. Da die Höchstgrenze der Zulagenvermerke nach Bundesrecht festgeschrieben ist, und die 300 Vermerke über diese Höchstgrenze hinausgehen, kann die Maßnahme als "Verstoß" gegen Bundesrecht allenfalls befristet zur Lösung des Einzelproblems der "Weyerlinge" in den Haushalt aufgenommen werden. Der ku-Vermerk sollte einheitlich auf den 31.12.1995 datiert werden. Zu diesem Zeitpunkt sollte das Innenministerium erneut die Notwendigkeit prüfen.

Einzelplan 03**Innenministerium****Antrag
der
Frakt.****Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß****03/3****Titel 422 10****Zugang von Planstellen:****SPD****einstimmig angen.**

- 1 Stelle Bes.Gr. A 13 - STR, RR, etc.-
davon 1 Stelle o.B.
- 55 Stellen Bes.Gr. A 9 -RI, PK, KK-

Begründung:

Die Stellen sind für das Programm zur Bekämpfung der Drogen-
sucht bestimmt.

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat auf Antrag der SPD-Fraktion
einstimmig beschlossen, die Stellen einzurichten.

03/4a**Titel 422 20****Zugang von Stellen für Beamte auf****CDU****abgelehnt****Widerruf im Vorbereitungsdienst:****SPD nein**

- 600 Stellen Bes.Gr. A 6 -PHW-Anwärter/innen-

CDU ja**F.D.P. Enth.****Zugang von Einstellungsermächtigungen****GRÜNE nein****für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst:**

- 600 Einstellungsermächtigungen
-PHW-Anwärter/innen-

Begründung:

In NRW gibt es einen Fehlbestand von z.Zt. mindestens
7 500 Polizeibeamten. Der im Haushaltsentwurf vorge-
sehene Ansatz von 400 Stellen über den Ersatzbedarf hinaus
ist nicht ausreichend, um über den Nachersatz die Polizei
zu verstärken. Bezogen auf einen 10-Jahres-Zeitraum führt die
beantragte Personalverstärkung von 600 auf 1 000 zu einem
Ausgleich der in 1991 feststellbaren Fehlbestände. Erforder-
lich sind weitere 600 Stellen über den Ersatzbedarf hinaus

Einzelplan 03

Innenministerium

Antrag	Abstimmungs-
der	ergebnis im
Frakt.	Unterausschuß

(also insgesamt 1 000 Anwärter über den Ersatzbedarf), um bei Durchhalten dieser Einstellungspolitik auch in den nächsten Jahren das Personaldefizit auch in den 90er Jahren weitgehend abzubauen.

03/4b

Titel 422 20

Zugang von Stellen für Beamte auf

Widerruf im Vorbereitungsdienst:

- 400 Stellen Bes.Gr. A 6 -PHW-Anwärter/innen-

Zugang von Einstellungsermächtigungen

für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst:

- 400 Einstellungsermächtigungen

-PHW-Anwärter/innen-

F.D.P.

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE nein

Begründung:

Erhöhung der Zahl der Polizeibeamten um 400.

Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen auf 1580.

03/4c

Titel 422 20

Zugang von Stellen für Beamte auf

Widerruf im Vorbereitungsdienst:

- 300 Stellen Bes.Gr. A 6 -PHW-Anwärter/innen-

und

Zugang von Einstellungsermächtigungen

für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst:

- 300 Einstellungsermächtigungen

-PHW-Anwärter/innen-

SPD

einstimmig angen.

bei Enthaltung

DIE GRÜNEN

Begründung:

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN - beschlossen, die Zahl der PHW-Anwärter/innen um 300 und die entsprechenden Einstellungsermächtigung von 1180 auf 1480 zu erhöhen.

Einzelplan 03

Innenministerium

Antrag

der

Frakt.

Abstimmungs-

ergebnis im

Unterausschuß

03/5

Titel 425 10

Zugang von Stellen für Angestellte:

- 3 Stellen Verg.Gr. I b/IIa, DA 07

- 1 Stelle Verg.Gr. IV b/Vb, DA 01

- 2 Stellen Verg.Gr. V c, DA 02

- 1 Stelle Verg.Gr. V c, DA 02

SPD

einstimmig angen.

bei Enthaltung

DIE GRÜNEN

Titel 426 10

Zugang von Stellen für Arbeiter:

- 1 Stelle Lohngr. VIIIa/VIII, DA 01

- 1 Stelle Lohngr. VIII/VII, DA 01

- 1 Stelle Lohngr. VII/VI, DA 01

- 1 Stelle Lohngr. V/IV, DA 01

- 1 Stelle Lohngr. VIIIa/VIII, DA 03

- 1 Stelle Lohngr. VII/VI, DA 03

- 3 Stellen Lohngr. V/IV, DA 03

9

Begründung:

Die Erhöhung der Stellen ist Folge der erhöhten Zahl der einzustellenden PHW-Anwärter. Abgedeckt wird der Mehrbedarf an Pflichtstunden im allgemeinbildenden Unterricht durch 3 zusätzliche Lehrkräfte. Darüber hinaus ist für die Anmietung entsprechender Unterkünfte Personal erforderlich.

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Ausschuß für Innere Verwaltung die Einrichtung der Stellen einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN - beschlossen.

Einzelplan 03

Innenministerium

Antrag

Abstimmungs-

der

ergebnis im

Frakt.

Unterausschuß

Kapitel 03 310 - Regierungspräsidenten**03/6**

Titel 422 10

Zugang von Planstellen:

- 4 Stellen Bes.Gr. A 13 -RR-
- 9 Stellen Bes.Gr. A 13 -RGewR-
- 1 Stelle Bes.Gr. A 13 -RChemR-
- 9 Stellen Bes.Gr. A 13 -RBauR-
- 12 Stellen Bes.Gr. A 11 -RBauA-
- 1 Stelle Bes.Gr. A 11 -RA-
- 9 Stellen Bes.Gr. A 11 -GewA-
- 8 Stellen Bes.Gr. A 9 -RI-
- 15 Stellen Bes.Gr. A 5 -RAss-

SPD

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. nein

GRÜNE ja

68

Titel 425 10

Zugang von Stellen für Angestellte:

- 5 Stellen Verg.Gr. I b/II a, DA 05
- 4 Stellen Verg.Gr. III, DA 05
- 26 Stellen Verg.Gr. IV a, DA 05
- 10 Stellen Verg.Gr. IVa/V b, DA 05
- 7 Stellen Verg.Gr. V b/V c, DA 02
- 5 Stellen Verg.Gr. VIb/VII, DA 06
- 5 Stellen Verg.Gr. VII/VIII, DA 03

62

Einzelplan 03

Innenministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**Begründung:**

Die Verstärkung bei den 5 Regierungspräsidenten soll die zusätzlichen Anforderungen im Umweltbereich berücksichtigen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Ausschuß für Innere Verwaltung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN die Einrichtung dieser Stellen beschlossen.

In der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung wurde ein gleichlautender Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die F.D.P.-Fraktion angenommen.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 03:

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein

Einzelplan 04
Justizministerium

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Allgemeines

04/1

Der Unterausschuß "Personal" beabsichtigt, sich nach den Haushaltsberatungen 1991 mit den Belastungen im Geschäftsbereich der Justiz zu befassen.

einstimmig angen.

Die Landesregierung wird gebeten, die Belastungen

- der ordentlichen Gerichtsbarkeit
- der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- der Finanzgerichtsbarkeit
- des Justizvollzuges
- der Bewährungshilfe

in einem Ländervergleich auch für die Vergangenheit (ab 1985) darzustellen.

04/2

Das Justizministerium wird gebeten,

- das Gutachten der Technischen Akademie Wuppertal hinsichtlich der Einführung von ADV-Verfahren sowie
- das daraus entwickelte Organisationskonzept vorzulegen.

einstimmig angen.

Einzelplan 04

Justizministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**Kapitel 04 040 - Gerichte und****Staatsanwaltschaften****04/3**

Titel 422 10

SPD

einstimmig angen.
bei Enthaltung
F.D.P., GRÜNE

Zugang von Planstellen:

(Erhöhung der Zahl der Planstellen)

Bes.Gr.	von	um	auf
R 2			
VorsRLG	433	+ 2	435
R 2			
OSTA -o.B.-	8	+ 1	9
R 1			
RaAG/LG	2313	+ 7	2320

Zugang von Stellen für beamtete Hilfskräfte:

(Erhöhung der Zahl der Hilfsstellen)

Bes.Gr.	von	um	auf
R 1 z.A.	144	+ 5	149
A 13 z.A.	5	+ 3	8

Titel 425 10

Zugang von Stellen für Angestellte:

(Erhöhung der Zahl der Angestelltenstellen)

VerGr.	von	um	auf
IVb/Vb			
DA 05	27	+ 3	30
Vib DA 01	433	+ 2	435
VII/VIII			
DA 02	3835	+ 5	3840

Einzelplan 04
Justizministerium

Antrag **Abstimmungs-**
der **ergebnis im**
Frakt. **Unterausschuß**

Begründung:

Der Rechtsausschuß hat diese Stellenplanänderung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion mit folgender Begründung der antragstellenden SPD-Fraktion empfohlen:

"Die Landesregierung hat am 5.12.1989 bzw. 26.03.1990 das Landesprogramm 'Intensivierung der Bekämpfung der Drogen - kriminalität und der Drogensucht in NRW' sowie den 'Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan' beschlossen. Zur Umsetzung dieser Beschlüsse sieht der Haushaltsentwurf 1991 die Einrichtung von insgesamt 100 neuen Stellen vor, von denen 35 auf die Justiz entfallen.

Nach der Ergänzungsvorlage des FM zum Haushaltsentwurf 1991 sollen die der Bekämpfung der Drogenkriminalität und der Drogensucht dienenden neuen Stellen ersatzlos entfallen. Dies begegnet durchgreifenden humanitären sowie gesellschafts-, gesundheits-, sozial- und kriminalpolitischen Bedenken.

Die Umsetzung der in Aussicht genommenen Bekämpfungsprogramme duldet keine zeitliche Verzögerung. Die beantragte Stellenvermehrung ist deshalb unverzichtbar."

Der Antrag des Rechtsausschusses hinsichtlich der Bekämpfung der Drogenkriminalität umfaßt auch die unter Nr. 04/10 dargestellte Empfehlung zu Kapitel 04 050.

Zu den Stellen der Bes.Gr. R 1 z.A.:

Die Ergänzungsvorlage sieht eine Verminderung von 166 um -22 auf 144 Stellen vor.

Der im Rechtsausschuß angenommene Antrag geht nur von einer Absetzung von - 5 Stellen aus.

Der vom Gutachterdienst vorgeschlagene Beschluß (s.o.) entspricht der derzeitigen Rechtslage.

Zu den Stellen der Verg.Gr. IVb/Vb (DA 05), VIb (DA 01), VII/VIII (DA 02):

Die Ergänzungsvorlage und der im Rechtsausschuß angenommene Antrag gehen von der gesamten Stellenzahl der jeweiligen Vergütungsgruppen aus.

Die o.g. Beschlußentwürfe des Gutachterdienstes basieren auf den Stellen der jeweiligen Dienstarten. Sie unterscheiden sich damit inhaltlich nicht von dem Antrag des Fachausschusses.

Einzelplan 04

Justizministerium

Antrag

der

Frakt.

Abstimmungs-

ergebnis im

Unterausschuß

04/4

Titel 422 10

Der Justizminister wird aufgefordert, die kw-Vermerke bei

- den Stellen der Bes.Gr. A 9 z.A. Justizinspektoren-
(25 kw-Vermerke 31.12.1991)
- den Stellen der Bes.Gr. A 5 z.A. Justizassistenten-
(25 kw-Vermerke 31.12.1991)

mit dem Haushalt 1992 in der Weise umzuschichten, daß die vom Haushaltsgesetzgeber ursprünglich beabsichtigte Einsparung auch tatsächlich erbracht werden kann.

einstimmig angen.

bei Enthaltung

F.D.P., DIE GRÜNEN

Begründung zu 04/4:

Der Haushaltsentwurf sieht Umschichtungen von kw-Vermerken (kw 31.12.1991) von Stellen der Bes.Gr. R 1 und R 2 auf Hilfsstellen der Bes.Gr. A 9 z.a. und A 5 z.A. vor.

Da die kw-Vermerke nach dem Haushaltsentwurf ausschließlich nicht benötigte Stellen abechöpfen, sind sie in andere Bereiche umzuschichten.

Einzelplan 04

Justizministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**04/5**

Titel 422 10

Zugang von Stellen für beamtete

Hilfskräfte:

- 50 Stellen Bes.Gr. A 9 z.A. -SozInsp z.A.-

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. Enth.

GRÜNE ja

Begründung:

Partieller Ausgleich des Stellenfehlerbestandes im Bereich der
Bewährungshilfe durch Aufstockung der Sozialinspektoren z.A.
um weitere 50 Stellen.

04/6

Titel 422 20

Zugang von Stellen für Beamte auf Widerruf im
Vorbereitungsdienst und entsprechender Zugang
von Einstellungsermächtigungen(Erhöhung der Zahl der Stellen für Anwärter
und der Einstellungsermächtigungen):

SPD

einstimmig angen.

bei Enthaltung

F.D.P.

- Stellen für Rechtspflegeranwärter

von 519

um 20

auf 539

- Einstellungsermächtigungen für Rechts-
pflegeranwärter

von 130

um 20

auf 150.

Begründung:

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Rechtsausschuß
am 6. März 1991 einstimmig bei Stimmenthaltung der F.D.P.-
Fraktion beschlossen, die Zahl der Anwärterstellen um 20 anzuheben.

Einzelplan 04

Justizministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**04/9**

Das Justizministerium wird gebeten,

- das WIBERA-Gutachten für den Justizvollzug
sowie
- die Ergebnisse des daraus entwickelten Echt-
Versuchs in der Justizvollzugsanstalt Werl
zu gegebener Zeit vorzulegen.

einstimmig angen.

Begründung:

Auf entsprechende Frage in der Sitzung des Unterausschusses am 27.02.1991 wurde aus dem Justizministerium erläutert, es liege bereits ein Zwischenergebnis des WIBERA-Gutachtens vor, aus dem ein Echt-Versuch (Probelauf) in der Justizvollzugsanstalt Werl entwickelt worden sei. Dieser Versuch sei voraussichtlich bis zum Ende des Jahres 1991 abgeschlossen.

Einzelplan 04

Justizministerium

Antrag

der

Frakt.

Abstimmungs-

ergebnis im

Unterausschuß

04/10

Titel 422 10

Zugang von Stellen für beamtete Hilfskräfte:

(Erhöhung der Zahl der Hilfsstellen)

Bes.Gr. von um auf

A 9 z.A.

Sozl z.A. 9 + 2 11

SPD

einstimmig angen.

bei Enthaltung

F.D.P., GRÜNE

Titel 425 10

Zugang von Stellen für Angestellte:

(Erhöhung der Zahl der Angestelltenstellen)

Verg.Gr. von um auf

Vib/VII

DA 06 233 + 5 238

Begründung:

Es handelt sich um den im Rechtsausschuß angenommenen Antrag zum "Drogenprogramm". Auf die Begründung zu 04/3 wird hingewiesen.

Der obige Vorschlag des Gutachterdienstes basiert auf der Zahl der Stellen der Dienstart 06; die Ergänzungsvorlage und die Empfehlung des Rechtsausschusses gehen von der gesamten Stellenzahl der Vergütungsgruppe Vib/VII aus. Inhaltlich bestehen insoweit keine Unterschiede.

Einzelplan 04

Justizministerium

Antrag

der
Frakt.

Abstimmungs-

ergebnis im
Unterausschuß**Kapitel 04 070 -****Verwaltungsgerichtsbarkeit****04/11a**

Titel 422 10

Zugang von Planstellen:

Bes.Gr. von um auf

R 3

VorsROVG 23 +1 24

R 2

RaOVG 70 +3 73

R 2

VorsRVG 74 +4 78

R 1

RaVG 251 +12 263

A 4

JHWM 3 +1 4

A 3

JOWM 0 +1 1

SPD

einstimmig angen.
bei Enthaltung
F.D.P.

Zugang von Stellen für beamtete Hilfskräfte:

(Erhöhung der Zahl der Hilfsstellen)

Bes.Gr. von um auf

A 5 z.A.

RAss. z.A. 0 +3 3

Titel 425 10

Zugang von Stellen für Angestellte:

(Erhöhung der Zahl der Angestelltenstellen)

Verg.Gr. von um auf

VIb DA 01 66 +2 68

VII/VIII

DA 02 167 +10 177

Einzelplan 04

Justizministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**04/11b**

Ausbringung von 10 qualifizierten Sperrvermerken
bei Stellen für Richter
(Aufteilung der Wertigkeiten durch FM)

SPD

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein

Begründung:

Der Rechtsausschuß hat die o.g. Personalvermehrung
von insgesamt 37 Stellen einstimmig, bei Stimmenthaltung
der F.D.P.-Fraktion mit folgender Begründung der antragstellenden
SPD-Fraktion vorgeschlagen: "Die Justiz ist ohne die beantragte
Stellenvermehrung außerstande, die stark angestiegenen und
weiter ansteigenden Eingänge in Asylsachen zu verkraften. Dazu
folgende Vergleichszahlen 1989 : 1990 (jeweils Jahresende):
- Anstieg der Antragsverfahren in NRW: + 27 465 Anträge = + 76,7%
- Anstieg der asylgerichtlichen Eingänge: + 4 473 Verfahren =
29,4 %
- Anstieg der nicht erledigten Verfahren 1. Instanz:
+ 2 620 Verfahren = + 18,4 %."

Der obige Vorschlag des Gutachterdienstes basiert auf den jeweiligen
Stellenzahlen der Dienstarten. Die Ergänzungsvorlage und die
Empfehlungen des Rechtsausschusses gehen von der gesamten Zahl
der Stellen der jeweiligen Vergütungsgruppe aus. Inhaltlich be-
stehen keine Unterschiede.

Die SPD begründete den Antrag 04/11b wie folgt:

Verfassungsrechtlich ist eine zweckgebundene Zuweisung für Asylverfahren
- nach Vortrag des Justizministeriums - nicht möglich.

Die SPD-Fraktion beabsichtigt, vor Entsperrung der 10 Stellen zu prüfen,
wie die nicht gesperrten Stellen eingesetzt sind. Ein entsprechender
Bericht des Justizministeriums wird erwartet.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 04:

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein

Einzelplan 05
Kultusministerium

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitelübergreifend

05/1a

Anträge zum Lehrerbereich

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. Enth.

GRÜNE Enth.

A) Änderung von Haushaltsvermerken
im Kap. 05 300

- Schulen gemeinsam -

Anbringung eines Haushaltsvermerks:

"Die in den Schulkapiteln ausgebrachten
Lehrerstellen dürfen nur bis zu einem
Umfang von insgesamt 1000 Stellen im
Rahmen der Lehrerfortbildung sowie Fach-
leiter und Moderatorentätigkeit und bis
zu einem Umfang von insgesamt 250 Stellen
im Rahmen der Schulversuche in Anspruch
genommen werden."

B) Abgang von Stellen für beamtete
Hilfskräfte Kapitel 05 010

- Ministerium -

c) abgeordnete Beamte

- 23 Stellen

C) Abgang von Stellen für beamtete
Hilfskräfte Kapitel 05 140

- Landesinstitut für Schule und
Weiterbildung -

c) abgeordnete Beamte

- 25 Stellen

Einzelplan 05

Kultusministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**D) Umsetzung von Stellen von Kapitel****03 310 -Regierungspräsidenten-
nach Kapitel 05 300****-Schulen gemeinsam-****- 200 Stellen der Schulaufsicht****E) Umsetzung von Stellen von Kapitel 05 440****-öffentliche Kollegschulen-
nach Kapitel 05 300****- Schulen gemeinsam-****- 148 Stellen (Versuchszuschlag)****F) Zugang von Stellen****-2000 Stellen für Lehrer mit einem
zusätzlichen Haushaltsansatz von
70 Mio DM****Begründung zu A) - F):**

Nach den Berechnungen des Kultusministeriums sind 1991 insgesamt rd. 3 800 Einstellungen erforderlich. Diese sind insbesondere deshalb notwendig, um den Durchschnitt der Lehrerversorgung in den Flächenländern zu erreichen und den gegenwärtig vorhandenen Rückstand von 14 000 Lehrerstellen abzubauen. Daraus ergibt sich für 1991 ein Einstellungsumfang von ca. 2 800, insgesamt also ein Einstellungsbedarf von ca. 6 600 Lehrern. Da der Bedarf nicht allein durch Einstellungen abgedeckt werden kann, ist es erforderlich, innerhalb des Schulbereichs umzuschichten. Das bedeutet: Es sind dort Stellen einzusparen, wo diese nicht für Unterrichtstätigkeit verwandt werden. Angesichts der dringenden Problematik von Unterrichtsausfall und Lehrermangel muß die Sicherung des Unterrichts absoluten Vorrang haben.

Einzelplan 05

Kultusministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**05/1b**Zugang von Stellen
- 1500 Stellen für Lehrer

F.D.P.

abgelehnt
SPD nein
CDU ja
F.D.P. ja
GRÜNE Enth.**05/2**Anbringung eines Haushaltsvermerks in den
Kapiteln 05 320, 05 330 und 05 340:

CDU

abgelehnt
SPD nein
CDU ja
F.D.P. ja
GRÜNE Enth."Die Landesregierung wird ermächtigt, in dem
Umfang kw-Stellen für Ganztagschulen umzu-
widmen, in dem Anträge auf Ganztagsschulbetrieb
gestellt werden."Begründung:Mehrheitlicher Beschluß des ASchW mit den Stimmen der CDU und F.D.P.
gegen die Stimmen der SPD (Vorlage 11/408 Antrag Nr. 1)**Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam**bis**Kapitel 05 440 - Öffentliche Kollegschulen****05/3**Zugang von Stellen
- 11 000 Stellen für Lehrer
(+ 180 Mio DM für 4 Monate)

GRÜNE

abgelehnt
SPD nein
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE ja

Einzelplan 05

Kultusministerium

Antrag

Abstimmungs-

der

ergebnis im

Frakt.

Unterausschuß

Kapitel 05 010 - Ministerium**05/4**

Titel 422 10

Beamtete Hilfsstellen

c) abgeordnete Beamte

Verlängerung der Befristung der

3 kw-Vermerke vom 31.12.1991 auf

den 31.12.1992

CDU

einstimmig angen.

bei Enthaltung

GRÜNE

Begründung:

Ausgleich für Personalverminderungen aufgrund der
Hilfeleistung in den neuen Bundesländern.

Kapitel 05 140**- Landesinstitut für Schule und Weiterbildung****05/5**

Zugang von Stellen

Titel 422 10 - Planstellen

- 2 Stellen Bes.Gr. A 15 -RSchD-

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. Enth.

GRÜNE ja

Begründung:

Mehrheitlicher Beschluß des ASchW mit den Stimmen der SPD
gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. (Vorlage
11/408 Antrag Nr. 16)

Einzelplan 05

Kultusministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**05/6**

Zugang von Stellen

Titelgruppe 63

Titel 425 63

SPD

einstimmig angen.

- 1 Stelle Verg.Gr. VI b, DA 02

Begründung:

Einstimmiger Beschluß des ASchW (Vorlage 11/408 Antrag Nr. 17)

Kapitel 05 360 - Öffentliche Kollegs,**Abendgymnasien und Abendrealschulen****05/7**

Zugang von Stellen

für beamtete Hilfskräfte

Titel 422 10

a) Beamte auf Probe bis zur Anstellung

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

- 35 Stellen Bes.Gr. A 13

Studienräte z.A./Realschullehrer z.A.

Begründung:Mehrheitlicher Beschluß des ASchW mit den Stimmen der SPD
gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. (Vorlage 11/408 Antrag Nr. 37)

Einzelplan 05
Kultusministerium

Antrag
der
Frakt. Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 05 380

- Öffentliche Gesamtschulen

05/8

Zugang von Stellen für
beamtete Hilfskräfte
Titel 422 10
a) Beamte auf Probe bis zur Anstellung

SPD
angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE ja

- 58 Stellen Bes.Gr. A 13
Studienrat z.A./Realschullehrer z.A.
- 228 Stellen Bes.Gr. A 12
Lehrer z.A.

Begründung:

Mehrheitlicher Beschluß des ASchW mit den Stimmen der SPD
gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. (Vorlage 11/408 Antrag Nr. 38).
Reduzierung der 230 Stellen Bes.Gr. A 12 (Votum Fachausschuß) auf
228 Stellen auf Antrag der SPD zum Ausgleich anderer Stelleneinrichtungen
bei Kapitel 05 130.

05/9

Titel 422 10
Zugang von Leerstellen für Beamte:
- 1 Stelle Bes.Gr. A 15 -StD-

SPD
einstimmig angen.

Begründung:

Einrichtung einer weiteren Leerstelle für einen
von der Gesamtschule Bonn-Beuel für eine Tätigkeit
bei der SPD-Bundestagsfraktion beurlaubten Beamten.

Einzelplan 05
Kultusministerium

Antrag
der
Frakt. Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 05 390
- Öffentliche Sonderschulen

05/10a

Zugang von Stellen
für beamtete Hilfskräfte
Titel 422 10
a) Beamte auf Probe bis zur Anstellung
- 120 Stellen Bes.Gr. A 13
Sonderschullehrer z.A.

F.D.P. abgelehnt
SPD nein
CDU Enth.
F.D.P. ja
GRÜNE Enth.

Begründung:

Erhöhung der Stellenreserve um 2 %

05/10b

Zugang von Stellen
für beamtete Hilfskräfte
Titel 422 10
a) Beamte auf Probe bis zur Anstellung
Schulen für Lernbehinderte
- 176 Stellen Bes.Gr. A 13
Sonderschullehrer z.A.

SPD einstimmig angen.

sowie

Änderung von Erläuterungen
bei den Schulen für Lernbehinderte:
Relation Schüler je Lehrerstelle 10,8 (11,3)

Begründung:

Einstimmiger Beschluß des ASchW (Vorlage 11/408 Antrag Nr. 41)

Einzelplan 05

Kultusministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**05/11**Zugang von Stellen
für beamtete Hilfskräfte
Titel 422 10

SPD

einstimmig angen.

a) Beamte auf Probe bis zur Anstellung

- 9 Stellen Bes.Gr. A 13

Sonderschullehrer z.A.

für die Früherziehung der

Hör- und Sehgeschädigten

Begründung:

Einstimmiger Beschluß des ASchW (Vorlage 11/408 Antrag Nr. 42)

Kapitel 05 310, 05 320, 05 330, 05 340,**05 390****05/12**

Titel 422 10

SPD

einstimmig angen.

Zugang von Stellen und

Umwidmung von kw-Stellen:

- 10 Stellen z.A. für Grundschulen
- 25 Umwidmungen von kw-Stellen für Hauptschulen
- 10 Umwidmungen von kw-Stellen für Realschulen
- 10 Umwidmungen von kw-Stellen für Gymnasien
- 10 Stellen z.A. für Schulen für Lernbehinderte

Einzelplan 05

Kultusministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

In Kapiteln mit kw-Vermerken werden die durch Haushaltsvermerk zugelassenen Einstellungen entsprechend erhöht.

Darüber hinaus wird das Finanzministerium ermächtigt, für alle im Einzelplan 05 beschlossenen Stellenveränderungen die entsprechenden Mittelsätze auszuweisen.

Begründung:

Stellen für den Ausbau des Angebots an Ganztageschulen

Kapitel 05 130 - Landesinstitut für internationale Berufsbildung

05/13

Titel 422 10 und 425 10

Zugang von Planstellen und Stellen

- 1 Stelle Bes.Gr. A 15

- 1 Stelle Verg.Gr. V c

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Einzelplan 05

Kultusministerium

Antrag

der

Frakt.

Abstimmungs-

ergebnis im

Unterausschuß

Beilage 2 zu Kapitel 05 820**Titel 685 20 - Kunstsammlung NW**

05/14

Zugang von Stellen mit qualifiziertem Sperrvermerk:

- 12 Stellen Verg.Gr. VII/VIII (DA 04)

- 1 Stelle Verg.Gr. VI b (DA 04)

SPD

einstimmig angen.

bei Enthaltung

F.D.P.

Begründung:

Es handelt sich um die Rückgängigmachung einer Privatisierung.

Die Stellen sollen nur und in dem Umfang besetzt werden, als das

Resort einen Bericht über die Einesparung entsprechender Sachmittel

vorlegt.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 05:

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und
Forschung

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Hinweis:

Alle mit *) gekennzeichneten Änderungen beruhen auf einem Beschluß des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung. Sofern nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse mit den Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich gefaßt.

**Kapitel 06 023 - Sicherung
der Leistungsfähigkeit von
Hochschulen und Forschung in
den 90er Jahren**

06/1

Titel 422 10

Umwandlung

*) - 5 Stellen Bes.Gr. A 12 (Fachlehrer)
nach Bes.Gr. C 3 (Professor)

*) - 4 Stellen Bes.Gr. A 11 (Fachlehrer)
nach Bes.Gr. C 2 (Professor)

SPD

einstimmig angen.

Begründung:

Stärkung der Lehrkapazität der Fachhochschulen; einstimmiger Beschluß des Fachausschusses.

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und
Forschung

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 06 110 - Hochschulen**allgemein****06/2****Titelgruppe 64**

- Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der
Neustrukturierung des Hochschulwesens
einsch. des Medizinbereichs

In die Titelgruppe 64 sind noch folgende
Planstellen und Stellen umzusetzen:

- 1 Stelle Verg.Gr. V c/V b, DA 08
aus Kapitel 06 111 - Uni Bonn -
- 1 Stelle Verg.Gr. V c, DA 08
aus Kapitel 06 151 - Uni Bochum -
- 1 Stelle Verg.Gr. I b/II a a.Z.
DA 01 aus Kapitel 06 160
- Uni Dortmund -
- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a a.Z.
DA 01 aus Kapitel 06 171
- Uni Düsseldorf -
- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a a.Z.
DA 01 aus Kapitel 06 181
- Uni Bielefeld -
- 1 Stelle Verg.Gr. I b/II a a.Z.
DA 01 aus Kapitel 06 211
- Uni Essen -

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und
Forschung

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Damit stehen in der Titelgruppe 64
insgesamt 179 Stellen zur Verfügung.

*1) Diese Stellen sollen wie folgt verteilt
werden:

- 1 Stelle Verg.Gr. I b/II a, DA 01
nach Kapitel 06 510 -Sporthochschule
Köln-
- 1 Stelle Verg.Gr. III, DA 08
nach Kapitel 06 550 -Folkwang Hochschule
Essen -
- 1 Stelle Bes.Gr. C 1, DA 01
2 Stellen Verg.Gr. III, DA 08
1 Stelle Verg.Gr. V c/VI b, DA 06
nach Kapitel 06 580 -Medienhochschule
Köln -
- 1 Stelle Verg.Gr. IV a, DA 08
nach Kapitel 06 670 - Fachhochschule
Aachen -
- 1 Stelle Bes.Gr. C 3, DA 01
nach Kapitel 06 820 - Fachhochschule
für Bibliotheks- und Dokumentations-
wesen -

SPD

einstimmig angen.
bei Enthaltung
CDU, F.D.P., GRÜNE

Bei dem Ausweis der Verwendung der in die Titelgruppe 64
umgesetzten Stellen bedarfsbedingte Änderung des Zuweisungs-
datums einer C 1-Planstelle für Kommunikationswissenschaft
zu Kapitel 06 211 (Universität -Gesamthochschule -Essen) auf
den 1.10.1991 - Angestelltenstelle für Parteienrecht zum
Kapitel 06 260 (Fernuniversität -Gesamthochschule - Hagen) auf
den 1.1.1991.

Hinweis:

Mehrheitlicher Beschluß des Fachausschusses bei Stimment-
haltung der Fraktion der CDU, F.D.P. und der GRÜNEN.

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und
Forschung

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

06/3

Zugänge von Stellen
- 100 Stellen
Professoren/Laboringenieure

F.D.P.

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. ja

GRÜNE Enth.

06/4**Titelgruppe 65**

- Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der
Konzentration und Neuordnung von Studien-
gängen/Studienangeboten

In die Titelgruppe 65 sind noch folgende
Planstellen und Stellen umzusetzen:

1 Planstelle Bes.Gr. A 14

- aus Kapitel 06 141 - Hochschule
Aachen Nr. 25 -

3 Stellen Verg.Gr. Ib/Ila a.Z.

- aus Kapitel 06 122 - Med.
Einrichtungen Uni Münster -

Damit stehen in der Titelgruppe 65
insgesamt 37 Planstellen und Stellen
zur Verfügung.

Einzelplan 06

**Ministerium für Wissenschaft und
Forschung**

**Antrag
der
Frakt.**

**Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**

***1) Gegen die Absetzung der 37 Planstellen
und Stellen in der Titelgruppe 65 wird
folgende Verteilung auf die Hochschulen
vorgenommen:**

SPD

**einstimmig angen.
bei Enthaltung
CDU, F.D.P., GRÜNE**

- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- 1 Stelle Verg.Gr. IV a, DA 08
- nach Kapitel 06 111 - Uni Bonn -
- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- nach Kapitel 06 121 - Uni Münster -
- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- nach Kapitel 06 131 - Uni Köln -
- 1 Stelle Bes.Gr. A 14 -Akad.Oberrat-
- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- nach Kapitel 06 141 - TH Aachen -
- 4 Stellen Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- nach Kapitel 06 151 - Uni Bochum -
- 3 Stellen Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- 1 Stelle Verg.Gr. IV b, DA 08
- nach Kapitel 06 160 - Uni Dortmund -
- 1 Stelle Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- nach Kapitel 06 171 - Uni Düsseldorf-
- 1 Stelle Bes.Gr. C 4 - Professor -
- 1Stelle Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- 1 Stelle Verg.Gr. II a, DA 01
- 1 Stelle Bes.Gr. A 14 -Akad.Oberrat-
- nach Kapitel 06 181 - Uni Bielefeld -
- 1 Stelle Bes.Gr. C 4 - Professor -
- 1 Stelle Bes.Gr. C 1 - Wiss.Ass. -
- nach Kapitel 06 211 - Uni Essen -
- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a, DA 01
- 1Stelle Verg.Gr. IV a, DA 08
- nach Kapitel 06 220 - Uni Duisburg -

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und
Forschung

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

- Kapitel 06 230 - Uni GH Paderborn -
- Kapitel 06 240 - Uni GH Siegen -
- Kapitel 06 250 - Uni GH Wuppertal -

- je 1 Stelle Verg.Gr. III, DA 09

bei

- Kapitel 06 670 - FHS Aachen -
- Kapitel 06 740 - FHS Köln -
- Kapitel 06 770 - FHS Niederhein-

Hinweis:

Einstimmiger Beschluß des Fachausschusses

06/6

Zusätzliche Stellen zur Einrichtung
zusätzlicher Plätze in Betriebskinder-
gärten der Med. Einrichtungen:

*) Zugang:

- 1 Stelle Verg.Gr. VI b/VII, DA 09
nach Kapitel 06 112 - Uni Bonn -
- 1 Stelle Verg.Gr. VI b/VII, DA 09
nach Kapitel 06 122 - Uni Münster -
- 1 Stelle Verg.Gr. Kr V a, DA 09
nach Kapitel 06 132 - Uni Köln -
- 3 Stellen Verg.Gr. VI b/VII, DA 09
nach Kapitel 06 142 - TH Aachen -
- 3 Stellen Verg.Gr. VI b/VII, DA 09
nach Kapitel 06 172 - Uni Düsseldorf -
mit Sperrvermerk

SPD

einstimmig angen.
bei Enthaltung
F.D.P.

Hinweis:

Die Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen
ist zu prüfen.

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und
Forschung

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 06 142 - TH Aachen -**06/7****Beamte**

- *) Zugänge**
- 3 Stellen Bes.Gr. A 8 -Oberbrandmeister-
mit Sperrvermerk

SPD

einstimmig angen.
bei Enthaltung
CDU, F.D.P.

Hinweis:

Die Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen
ist zu prüfen.

Kapitel 06 151 - Uni Bochum -**06/8**

- *) Wegfall eines Befristungsvermerks**
Dauerstelle Verg.Gr. I b/l a, bisher
befristet

SPD

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. Enth.
GRÜNE ja

Kapitel 06 160 - Uni Dortmund -**06/9**

- *) Wegfall von kw-Vermerken bei**
- 2 Stellen Bes.Gr. A 11 - RA -
- 1 Stelle Bes.Gr. A 8 - RHS -
- 1 Stelle Verg.Gr. VI b, DA 06

SPD**einstimmig angen.****Hinweis:**

Einmütiger Beschluß des Fachausschusses

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und
Forschung

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 06 260 - Fernuni Hagen -**06/10**

Angestellte

SPD

einstimmig angen.

*) Zugänge

- 12 Stellen Verg.Gr. VII/VIII, DA 06

- 8 Stellen Lohngr. VI/V, DA 06

Begründung:

Stellen für bisher befristet beschäftigte Mitarbeiter,
die Klage auf Entfristung ihrer Arbeitsverträge einge-
reicht haben. Einstimmiger Beschluß des Fachausschusses

06/11

Wegfall von ku-Vermerken bei

F.D.P.

abgelehnt

8 Stellen Bes.Gr. C 4 für Uniprofessoren

SPD nein

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enth.

Kapitel 06 172 - Med. Einrichtungen**der Uni Düsseldorf****06/12**

Zugänge

GRÜNE

abgelehnt

- 1 Stelle Verg.Gr. I a

Betriebsarzt/Ärztin

SPD nein

CDU Enth.

- 1 Stelle Verg.Gr. VI b

Erzieher/in

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und
Forschung

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 06 180 - Uni Bielefeld**06/13**

Wegfall von kw-Vermerken bei
- 1 Stelle Bes.Gr. C 4 -Professur
für Musik -
- 1 Stelle Ver.Gr. VII - Werkstatt-
meister-

GRÜNE

abgelehnt
SPD nein
CDU Enth.
F.D.P. nein
GRÜNE ja

Kapitel 06 690 - FHS Bochum**06/14**

Zugang von Stellen für Angestellte:
- 4 Stellen für Laboringenieure
(Elektrotechnik und Maschinenbau)

GRÜNE

abgelehnt
SPD nein
CDU Enth.
F.D.P. nein
GRÜNE ja

Kapitel 06 710 - FHS Dortmund -**06/15**

*) Wegfall von kw-Vermerken bei
- 1 Stelle Verg.Gr. IV b/V b, DA 06
- 1 Stelle Verg.Gr. V b/V c, DA 06

SPD

einstimmig angen.

Begründung:

Reaktionen auf die Arbeitsentwicklung bei der Zentral-
verwaltung der FHS Dortmund. Einstimmiger Beschluß des
Fachausschusses

Einzelplan 06**Ministerium für Wissenschaft und
Forschung****Antrag
der
Frakt.****Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß****Gesamtabstimmung****über den Einzelplan 06:****angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein**

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 07 010 - Ministerium**07/1**

Abgang von Leerstellen für Beamte:

- 1 Stelle Bes.Gr. B 2 -MinRat-
- 1 Stelle Bes.Gr. A 16 - MinRat-
- 1 Stelle Bes.Gr. A 15 -Reg.Dir-

einstimmig angen.

Begründung:

Nach den Feststellungen des Gutachterdienstes sind von den im Haushaltsentwurf 1991 veranschlagten 5 Leerstellen nur 2 Leerstellen (40 %) besetzt. Im Rahmen der 6. Sitzung des Unterausschusses (27.02.1991) räumte das Ressort ein, die Stellen seien nicht erforderlich.

07/2

Zugang von Stellen:

- 6 Stellen

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Begründung:

Schaffung eines neuen Referates "Schwulen- und Lesbenreferat" (0,5 Mio DM).

07/3

Zugang von Stellen für Beamte:

- 4 Stellen Bes.Gr. A 13 -RR-
- 4 Stellen Bes.Gr. A 11 -RAMtm-

SPD

einstimmig angen.

bei Enthaltung

F.D.P.

Begründung:

Drogenprogramm der Landesregierung

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

07/4

Zugang von Stellen

- 4 Stellen Bes.Gr. A 13 -RR-
- 3 Stellen Bes.Gr. A 11 -RAmtm-

SPD

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein

Begründung:

Sonstige Verstärkung des Ministeriums

**Kapitel 07 110 - Gewerbeaufsichts-
ämter**

07/5

Zugang von Stellen für Beamte:

- 70 Stellen

GRÜNE

abgelehnt
SPD nein
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE ja

Zugang von Stellen für Angestellte:

- 30 Stellen

Begründung:

Ansätze: 7 Mio DM

Verstärkung der Gewerbeaufsicht

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

07/6

Die Landesregierung wird gebeten, dem Unterausschuß zu gegebener Zeit alle Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe "Neuorganisation der Gewerbeaufsicht" vorzulegen.

einstimmig angen.

Begründung

Auf entsprechende Frage im Rahmen der 6. Sitzung des Unterausschusses (27.02.1991) erläuterte das Ressort, bis Ende 1991 werden Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe "Neuorganisation der Gewerbeaufsicht" erwartet.

Die Landesregierung sollte diese Ergebnisse dem Unterausschuß vorlegen, um eine frühzeitige Meinungsbildung im parlamentarischen Raum zur Neuordnung der Gewerbeaufsicht zu ermöglichen.

07/7**Zugang von Planstellen**

- 20 Stellen Bes.Gr. A 13 -RGewR/GewMedRat-
- 7 Stellen Bes.Gr. A 10 -GewOI-

Zugang von Angestelltenstellen

- 2 Stellen Verg.Gr. IV a (DA 03)
- 1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII (DA 02)

Zugang von Arbeiterstellen

- 3 Stellen Lohngr. VI (DA 02)

SPD

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 07 210 - Arbeitsgerichts- barkeit

07/8

Der Unterausschuß "Personal" beabsichtigt, sich mit der Geschäftsbelastung der Arbeitsgerichtsbarkeit außerhalb der Haushaltsberatungen zu befassen.

einstimmig angen.

Die Landesregierung wird daher gebeten, die Geschäftsbelastung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Vergleich zu den anderen Bundesländern auch für die Vergangenheit (ab 1985) darzustellen.

07/9

Abgang von Leerstellen für Beamte:

- 10 Stellen Bes.Gr. R 1 -RaArbG-
- 4 Stellen Bes.Gr. A 10 -ROI-
- 3 Stellen Bes.Gr. A 8 -RHS-
- 3 Stellen Bes.Gr. A 5 -RAss-

einstimmig angen.

20

Begründung:

Nach den Feststellungen des Gutachterdienstes sind von 53 veranschlagten Leerstellen (Planstellen) nur 16 Stellen (30 %) besetzt.

Im Rahmen der 6. Sitzung des Unterausschusses (27.02.1991) räumte das Ressort ein, die o.g. Stellen seien nicht mehr erforderlich.

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

07/10

Abgang von Leerstellen für Angestellte:
- 4 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT

SPD

einstimmig angen.

Begründung:

Nach den Feststellungen des Gutachterdienstes ist eine erhebliche Zahl von Leerstellen (Angestelltenstellen) unbesetzt. Nach Abschluß der Beratungen des Unterausschusses hat das Ressort dem Gutachterdienst mitgeteilt, die o.g. Stellen seien entbehrlich.

07/11

Zugang von Planstellen

- 1 Stelle Bes.Gr. R 3 -VorsRLArbG-
- 1 Stelle Bes.Gr. R 1 -RaArbG-
- 1 Stelle Bes.Gr. A 9 -RI-

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Kapitel 07 220 - Sozialgerichtsbarkeit**07/12**

Zugang von Planstellen

- 2 Stelle Bes.Gr. R 1 -RaSozG-

SPD

einstimmig angen.

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

**Kapitel 07 330 - Versorgungsver-
waltung**

07/13

Der MAGS wird gebeten, spätestens zum nächsten Haushalt (1992) das Ergebnis der Organisationsuntersuchung sowie ein Gesamtkonzept für die Versorgungsverwaltung vorzulegen, das insbesondere

- die mittel- und langfristige Aufgabenentwicklung,
- die mittel- und langfristig beabsichtigte Stellenplanentwicklung und
- eine Bereinigung der Stellenkontingente beinhaltet.

einstimmig angen.

Begründung:

Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hatte bereits anlässlich der Beratungen des Haushalts 1990 diesen Beschluß gefaßt.

Im Rahmen der 6. Sitzung des Unterausschusses "Personal" (27.02.1991) erläuterte das Ressort, eine Organisationsuntersuchung der Versorgungsverwaltung laufe derzeit.

Der Unterausschuß sollte den Auftrag der seinerzeitigen Arbeitsgruppe wiederholen und bekräftigen.

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 07 510 - Landesstelle für**Aussiedler etc.****07/14**

Zugang von Angestelltenstellen

- 2 Stellen Verg.Gr. IV a (DA 01)
- 20 Stellen Verg.Gr. IV b (DA 01)
- 1 Stelle Verg.Gr. V b/V c (DA 02)
- 2 Stellen Verg.Gr. VI b (DA 02)

SPD

einstimmig angen.
bei Enthaltung
F.D.P.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 07:

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein

Einzelplan 08

**Ministerium für Wirtschaft, Mittel-
stand und Technologie**

**Antrag
der
Frakt.**

**Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**

Kapitel 08 010 - Ministerium**08/1**

Titel 422 10

Zugang von Planstellen:

- 3 Stellen Bes.Gr. A 15

einstimmig angen.

Abgang von Planstellen:

- 3 Stellen Bes.Gr. A 16

Begründung:

Die im Stellenplanentwurf von A 15 nach A 16 gehobenen Stellen sind für die Leiter neu eingerichteter zusätzlicher Referate vorgesehen. Soweit eine Einrichtung der neuen Referate nicht gewünscht werden sollte, müßten die Stellenhebungen rückgängig gemacht werden.

08/2

Titel 422 10 und 425 10

Abgang von Stellen für Beamte und

Angestellte:

- 20 Stellen

sowie Reduzierung der Mittelansätze um

insgesamt 2 Mio DM

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Begründung:

In den vergangenen Jahren sind eine Reihe von Veränderungen in der Wirtschaftsförderung des Landes NRW durchgeführt worden. Einige Programme, z.B. das Technologieprogramm Wirtschaft, sind in die Verwaltung der Industriebank/WeertLB gegeben worden. Dort werden nun die Antragsteller beraten.

Einzelplan 08

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

**Antrag
der
Frakt.**

**Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**

Dem Entwurf des Einzelplans 08 ist zu entnehmen, daß ZENIT seine Aktivitäten erheblich ausdehnt. Dies ist im wesentlichen auf die Beratungsaktivitäten der vom Land teilfinanzierten Gesellschaft im technischen Sektor zurückzuführen.

Der MWMT erklärt zudem in seiner Einführung zum Haushalt, weitere Programme für die Übergabe in das Bankverfahren zu prüfen.

Die vorgenannten Tatsachen zeigen deutlich, daß durch diese Verlagerung der Beratungsaktivitäten erhebliche Personalkapazitäten im Haus des Wirtschaftsministeriums frei werden, die sich bisher nicht im Personalersatz des Einzelplans 08 wiederfinden. Die Minderung um 20 Stellen ist daher angemessen.

Kapitel 08 110 - Nachgeordnete**Bergverwaltung****08/3****Titel 422 10****Zugang von Planstellen mit qualifiziertem Sperrvermerk****2 Planstellen Bes.Gr. A 13 hD****4 Planstellen Bes.Gr. A 10****2 Planstellen Bes.Gr. A 9 gD****SPD****einstimmig angen.****Hinweis:**

Im Fachausschuß mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und der GRÜNEN beschlossen. Vor einer Besetzung der Stellen sind zunächst organisatorische Fragen (z.B. Zuordnung der Aufgabe zur Bergverwaltung) in den parlamentarischen Gremien zu erörtern.

Einzelplan 08**Ministerium für Wirtschaft, Mittel-
stand und Technologie****Antrag
der
Frakt.****Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß****Gesamtabstimmung
über den Einzelplan 08:****angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein**

Einzelplan 09

Ministerium für Bundesangelegenheiten

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**Gesamtabstimmung**

über den Einzelplan 09:

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 10 010 - Ministerium**10/1**

Zugang von Planstellen:

- 2 Stellen Bes.Gr. A 15
- 3 Stellen Bes.Gr. A 11

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat diese Erhöhung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN mit folgender Begründung der antragstellenden SPD-Fraktion angenommen: "Zusätzliche Anforderungen im Umweltbereich."

Auf die Vorlage 11/418 wird hingewiesen.

Im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz ist der gleiche Antrag gestellt worden. Er wurde dort mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen. Insoweit wird auf die Vorlage 11/417 verwiesen.

Der Gutachterdienst geht davon aus, daß es sich um einen Antrag handelt, der in beiden Fachausschüssen gestellt worden ist. Der Stellenzugang ist daher nur einmal aufgenommen worden.

10/2

Zugang von Angestelltenstellen:

- 1 Stelle Verg.Gr. IV b/V b

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abstimmung in den Fachausschüssen wie Antrag 10/1

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

**Kapitel 10 180 - Landesanstalt
für Ökologie, Landschaftsentwicklung
und Forstplanung**

10/3

Zugang von Hilfsstellen für Beamte:
Stelle Bes.Gr. A 9 z.A.

SPD

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein

Begründung:

Der Antrag wurde im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und
Naturschutz mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der
Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen.

Begründung der antragstellenden SPD-Fraktion:

"Die neuen Stellen sind zur Aufgabenerfüllung der einzelnen Dienst-
stellen unverzichtbar."

10/4

Zugang von Angestelltenstellen:
- 1 Stelle Verg.Gr. I b/II a
- 1 Stelle Verg.Gr. IIa/III

SPD

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE nein

Begründung:

Begründung und Abstimmung im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz wie 10/3.

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

**Kapitel 10 190 - Landesanstalt
für Immissionsschutz**

10/5

Zugang von Angestelltenstellen:

- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a
- 1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abetimmung im Ausschuß für Umweltschutz und
Raumordnung wie Antrag 10/1

**Kapitel 10 200 - Landesamt für
Wasser und Abfall, etc.**

10/6

Zugang von Hilfsstellen für Beamte:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 13 z.A.

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abetimmung im Ausschuß für Umweltschutz und Raum-
ordnung und im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
wie zu Antrag 10/1

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

10/7

Zugang von Angestelltenstellen:

- 5 Stellen Verg.Gr. I b/II a
- 3 Stellen Verg.Gr. III
- 4 Stellen Verg.Gr. V c/VI b
- 1 Stelle Verg.Gr. VI b/VII

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abetimmung im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung und im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz wie zu Antrag 10/1

10/8

Zugang von Arbeiterstellen:

- 2 Stellen Lohngr. VIII a/VIII

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abetimmung im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung und im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz wie zu Antrag 10/1

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag**der
Frakt.****Abstimmungs-****ergebnis im
Unterausschuß****Kapitel 10 210 -****Verwaltung für Agrarordnung****10/9**

Der Unterausschuß beabsichtigt, sich außer-
halb der Haushaltsberatungen mit dem
Stellenplan der Verwaltung für Agrarordnung
zu befassen.

einstimmig angen.

Die Landesregierung wird gebeten,

- die stellenplanmäßige Entwicklung der
Verwaltung für Agrarordnung seit dem Jahre
1981 darzustellen und
- ein Konzept hinsichtlich der zukünftigen
Aufgabenstellungen und des personellen
Bedarfs vorzulegen.

Begründung:

Seit Beginn der Sparmaßnahmen (1981) ist die Verwaltung für Agrar-
ordnung erheblich reduziert worden.

Allein seit Verabschiedung des Haushalts 1990 wurden die Stellen von
1 355 um insgesamt 51 Stellen (3,8 %) reduziert.

Die Landesregierung sollte ihre zukünftigen Planungen hinsichtlich
dieser Verwaltung darlegen.

Im Rahmen der 6. Sitzung des Unterausschusses (27.02.1991) teilte
das Ressort mit, ein Konzept werde derzeit erarbeitet und bis zum
Sommer 1992 erwartet.

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

10/10

Titel 422 10 und 425 10

Die vorgesehenen Herabstufungen von Planstellen bei Beamten bzw. von Stellen bei Angestellten sind nicht zu vollziehen; die Stellen behalten ihre bisherigen Stellenwerte.

CDU

abgelehnt
SPD nein
CDU ja
F.D.P. Enth.
GRÜNE Enth.

Begründung:

Mit der Verwaltung für Agrarordnung verfügt das Land über eine gute Institution zur Umsetzung der Politik für den ländlichen Raum. Die Agrarordnungsverwaltung ist als staatliche Behörde bestens geeignet, die ihr bisher übertragenen Aufgaben weiterhin wahrzunehmen. Eine Änderung der inneren Organisationsstruktur ist daher nicht erforderlich, so daß die geplante Herabsetzung zahlreicher Beamten- und Angestelltenstellen unsinnig ist und zu Abwanderungstendenzen der Bediensteten führen wird.

Kapitel 10 220 - Gewerbeaufsichtsämter**10/11**

Zugang von Stellen für Beamte:

- 70 Stellen

Zugang von Stellen für Angestellte:

- 50 Stellen

GRÜNE

abgelehnt
SPD nein
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE ja

Begründung:

Ansätze: 8 Mio DM insgesamt
Ausbau der Gewerbeaufsicht

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

10/12

Zugang von Hilfsstellen für Beamte:
- 12 Stellen Bes.Gr. A 13 z.A.

SPD

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE Enth.

Begründung:

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat den Zugang von Hilfsstellen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN mit folgender Begründung der antragstellenden SPD-Fraktion angenommen:
"Übernahme der Gewerbereferendare".

10/13

Zugang von Angestelltenstellen:
- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a
- 3 Stellen Verg.Gr. V b/V c
- 2 Stellen Verg.Gr. VI b/VII

SPD

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abetimmung im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung wie zu Antrag 10/1

10/14

Zugang von Arbeiterstellen:
- 2 Stellen Lohngr. V/IV MTL
- 1 Stelle Pauschalgruppe I - IV MTL

SPD

angenommen
SPD ja
CDU nein
F.D.P. nein
GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abetimmung im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung wie zu Antrag 10/1

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

**Kapitel 10 230 - Fachinformations-
zentrum für gefährliche Stoffe, etc.**

10/15

Zugang von Planstellen:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 15

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abstimmung im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung wie zu Antrag 10/1

10/16

Zugang von Angestelltenstellen:

- 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a
- 1 Stelle Verg.Gr. III/IV a
- 1 Stelle Verg.Gr. IV b
- 1 Stelle Verg.Gr. IV b/V b
- 1 Stelle Verg.Gr. V c/VI b

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abstimmung im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung wie zu Antrag 10/1

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 10 250 - Bodenschutzzentrum**10/17**

Zugang von Angestelltenstellen:

- 1 Stelle Verg.Gr. I b/II a

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Begründung und Abetimmung im Ausschuß für Umweltschutz und Raum-
ordnung wie zu Antrag 10/1

10/18

Abgang von Stellen für Arbeiter:

- 1 Stelle MTL II

einstimmig angen.

Begründung:

Nach den Feststellungen des Gutachterdienstes war die o.g. Stelle seit
Veranschlagung nicht besetzt. Im Rahmen der 6. Sitzung des Unterausschusses
(27.02.1991) räumt das Ressort ein, "die Stelle werde z.Zt. nicht benötigt".

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 10 260 - Landesforstverwaltung**10/19**

Zugang von Hilfsstellen für Beamte:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 13 z.A.
- 3 Stelle Bes.Gr. A 9 z.A.

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen.

Begründung der antragstellenden SPD-Fraktion:

"Die neuen Stellen sind zur Aufgabenerfüllung der einzelnen Dienststellen unverzichtbar."

Die insoweit unvollständige Empfehlung des Fachausschusses (Vorlage 11/417) ist nach Sachverhaltsaufklärung durch den obigen Vorschlag des Gutachterdienstes ergänzt worden.

Kapitel 10 410 - Staatliche**Veterinäruntersuchungsämter, etc.****10/20**

Zugang von Hilfsstellen für Beamte:

- 4 Stellen Bes.Gr. A 13 z.A.

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Begründung:

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen.

Begründung der antragstellenden SPD-Fraktion:

"Die neuen Stellen sind zur Aufgabenerfüllung der einzelnen Dienststellen unverzichtbar."

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

10/21

Zugang von Angestelltenstellen:

- 3 Stellen Verg.Gr. IV a
- 1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Begründung:

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde im Ausschuß für Landwirtschaft,
Foresten und Naturschutz mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die
Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen.

Begründung der antragstellenden SPD-Fraktion:

"Die neuen Stellen sind zur Aufgabenerfüllung der einzelnen Dienststellen
unverzichtbar."

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 10:

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 11**Ministerium für die Gleichstellung
von Frau und Mann****Antrag
der
Frakt.****Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß****Gesamtabstimmung****über den Einzelplan 11:****angenommen****SPD ja****CDU nein****F.D.P. nein****GRÜNE Enth.**

Einzelplan 12
Finanzministerium

Antrag
der
Frakt. Abstimmungs-
 ergebnis im
 Unterausschuß

Kapitel 12 010 - Ministerium

12/1

Der Unterausschuß empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß folgenden Beschluß:

einstimmig angen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß beabsichtigt, sich nach den Haushaltsberatungen 1991 mit der Aufgabenstellung und -erfüllung des Controlling-Referates zu befassen. Er bittet den Unterausschuß "Personal", die Angelegenheit vorzubereiten und dem Ausschuß zu berichten.

Begründung:

Der Unterausschuß hat sich in seiner 4. und in seiner 6. Sitzung (14.01. und 27.02.1991) mit den Aufgaben des Controlling-Referates befaßt. Aus den Darstellungen des Finanzministeriums wurde bekannt, daß die Haushaltskontrolle noch nicht so durchgeführt wird, wie sie ursprünglich - bei Einrichtung der Stelle im Haushaltsjahr 1990 - beabsichtigt war. Es bestand Einvernehmen, sich mit den Aufgaben außerhalb der Haushaltsberatungen eingehend zu befassen.

12/2

Zugang von Planstellen:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 13 -RR-
- 2 Stellen Bes.Gr. A 11 -RAMtm-

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Zugang von Angestelltenstellen:

- 1 Stelle Verg.Gr. V c/VI b (DA 02)

Begründung:

Die Stellen sind bestimmt für die Fachaufsicht über das Rechenzentrum der Finanzverwaltung. Die SPD-Fraktion begründete den Stellenzugang mit der schnelleren Bearbeitung der Steuervorgänge.

Die Fraktion DIE GRÜNEN lehnte diesen Antrag ab, weil die Landesregierung diese Stellen offenbar für nicht erforderlich hielt, denn sie sind durch die Ergänzungsvorlage in Abgang gebracht worden.

Einzelplan 12

Finanzministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**12/3**

Titelgruppe 79

Zugang von Planstellen

- 1 Stelle Bes.Gr. A 16 -MR-

SPD

einstimmig angen.

Kapitel 12 050 -**Oberfinanzdirektionen****und Finanzämter****12/4**

Titel 422 20

Zugang von Anwärterstellen:

- 50 Stellen

Bes.Gr. A 5 -Steueranwärter-

CDU

einstimmig angen.

Zugang von Einstellungsermächtigungen:

- 50 Einstellungsermächtigungen

Bes.Gr. A 5 -Steueranwärter-

Begründung:

Arbeitsbelastung der Finanzverwaltung

12/5

Titel 425 10

Wegfall von kw-Vermerken bei

Stellen für Angestellte:

- 125 kw-Vermerke bei

- Verg.Gr. III/IV a DA 01

- Verg.Gr. IV a/IV b DA 01

- Verg.Gr. VI b/VII DA 02

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. Enth.

GRÜNE ja

Begründung:Die Arbeitsbelastung der Finanzverwaltung läßt
einen Wegfall der Stellen nicht zu.

Einzelplan 12

Finanzministerium

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**12/6**

Zugang von Stellen für Beamte:

- 170 Stellen

Zugang von Stellen für Angestellte:

- 80 Stellen

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Begründung:

Ansätze: 15 Mio DM insgesamt

Die Stellen sind zur Verstärkung der Betriebsprüfung bestimmt.

Die SPD-Fraktion teilte mit, daß ein Gutachten in Auftrag gegeben sei.
Im Übrigen müsse die Intensität der Betriebsprüfung bundeseinheitlich sein.

Kapitel 12 070 - Finanzbauverwaltung**12/7**

Die Landesregierung wird gebeten,

- die organisatorischen Vereinfachungen, die sich durch eine Zusammenlegung der Dienst- und Fachaufsicht über die Finanz- und die Staatshochbauverwaltung auf der Ebene der Mittelinstanz ergeben würden, darzustellen und

- die Möglichkeiten einer Zusammenlegung der Dienst- und Fachaufsicht über die Staatshochbau- und Finanzbauämter auf der Ebene der Mittelinstanz zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung vorzulegen.

einstimmig angen.
bei Enthaltung
GRÜNE

Einzelplan 12
Finanzministerium

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Begründung:

Die Dienst- und Fachaufsicht über die Staatshochbau- und Finanzbauämter ist mit dem Haushalt 1991 im Einzelplan 14 zusammengelegt worden.

Eine Verschmelzung der Verwaltungen auf der Ebene der Mittelinstanz ist noch nicht vollzogen, weil

- einer Verlagerung der Dienstaufsicht über die Finanzbauämter von den Oberfinanzdirektionen auf die Regierungspräsidenten bundesgesetzliche Bestimmungen entgegenstehen und
- eine Verschmelzung bei den Oberfinanzdirektionen organisatorisch noch nicht abschließend überprüft ist.

Da eine Verschmelzung auf der Ebene der Mittelinstanz zu Organisationsvereinfachungen führen muß, sollte die Landesregierung gebeten werden, einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

Kapitel 12 090 - Aus- und Fortbildungseinrichtungen

12/8

Zugang von Stellen für Beamte:

- 40 Stellen

Zugang von Stellen für Angestellte:

- 7 Stellen

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Begründung:

Ansatz: 3,5 Mio DM insgesamt

Verstärkung der Ausbildungskapazität.

Einzelplan 12
Finanzministerium

Antrag
der
Frakt. Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 12 100 - Rechenzentrum

12/9

Zugang von Angestelltenstellen

- 4 Stellen Verg.Gr. V b/V c (DA 02)
- 3 Stellen Verg.Gr. IV b/V a (DA 03)
- 1 Stelle Verg.Gr. V b/V c (DA 03)
- 4 Stellen Verg.Gr. V c/VI b (DA 03)
- 4 Stellen Verg.Gr. VI b/VII (DA 03)

SPD

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. nein

GRÜNE Enth.

Begründung:

Beschleunigung der Bearbeitung der Steuerbescheide.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 12:

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 13

Landesrechnungshof

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß**Kapitel 13 010 -****Landesrechnungshof**

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle hat mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion beschlossen, 5 Planstellen der Bes.Gr. A 13 bis A 16 einzurichten. Die nähere Aufteilung soll der Haushalts- und Finanzausschuß vornehmen.

Im übrigen wurde der Einzelplan bei zwei Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Zwischenzeitlich hat das Finanzministerium mit Schreiben vom 8.3.1991 (Vorlage 11/395) um Einwilligung in die Einrichtung von 3 Planstellen der Bes.Gr. A 16 und 2 Planstellen der Bes.Gr. A 13 - jeweils kw 31.12.1993 - gem. § 7 Abs. 7 Satz 1 Buchst. c und § 13 HG 1990 gebeten. Diesem Antrag wurde in gleicher Sitzung zugestimmt. Damit ist dem Votum des Fachausschusses materiell entsprochen worden, da die Stellen über die Ermächtigung des Haushaltsgesetzes 1990 bereits eingerichtet sind.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 13:

einstimmig angen.

Einzelplan 14

Ministerium für Bauen und Wohnen

Antrag
der
Frakt.Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

14/1

Die Landesregierung wird gebeten,
den Unterausschuß "Personal" vor den
Haushaltsberatungen 1992 über den Sach-
stand des Konzepts zur Zusammenführung der
Bauverwaltungen in der Ortsinstanz zu unter-
richten.

einstimmig angen.

Begründung:

In der 6. Sitzung des Unterausschusses "Personal" wurden die Überlegungen
zur Zusammenführung von Staatshochbauverwaltung und Finanzbauverwaltung
in der Ortsinstanz erörtert. Das Ressort erwartet im April 1991 einen dann
noch im Hause umzusetzenden Zwischenbericht.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 14:

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 15

Ministerium für Stadtentwicklung
und Verkehr

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

Kapitel 15 010 - Ministerium**15/1**

Titel 422 10

Zugang einer Leerstelle für Beamte:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 14 -ORR-

CDU

einstimmig angen.

Abgang einer Leerstelle für Beamte:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 13 -RR-

Begründung:

Die Stelle ist für einen zur CDU-Fraktion des Landtags
beurlaubten Beamten eingerichtet und soll wegen Erfüllung
der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen angehoben werden.

15/2

Titel 422 10

Zugang einer Leerstelle für Beamte:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 15 -RD-

SPD

einstimmig angen.

Begründung:

Einrichtung einer Leerstelle für einen vom MSV für eine
Tätigkeit bei der SPD-Landtagsfraktion beurlaubten Beamten.

Einzelplan 15

Ministerium für Stadtentwicklung
und Verkehr

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungs-
ergebnis im
Unterausschuß

15/3

Titel 422 10

Änderung der Erläuterungen bei den Leerstellen
für Beamte:

- 1 Stelle Bes.Gr. B 2

SPD

einstimmig angen.

Die Erläuterung dieser Stelle wird geändert
von "Landtag"
in "Landtag Brandenburg"

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 15:

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein